

24.04.2019

Kleine Anfrage 2391

des Abgeordneten Sven W. Tritschler AfD

Bundesnetzagentur gibt Rekord-Portoerhöhung frei. Wie verhält sich die Landesregierung?

Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA) hat am 18. April 2019 den Weg für die größte Portoerhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland freigemacht. Hiernach darf die Deutsche Post AG das Porto für Briefsendungen im Durchschnitt um 10,63 Prozent erhöhen, in einzelnen Bereichen ist sogar eine größere Preissteigerung möglich.

Noch vor wenigen Monaten hatte die Bundesnetzagentur lediglich eine Erhöhung um 4,8 Prozent genehmigt. Die Bundesregierung hat daraufhin auf dem Verordnungswege Portoerhöhungen in größerem Umfang ermöglicht.

Größter Aktionär der Deutschen Post AG ist weiterhin der Bund, der mittelbar über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) einen Anteil ca. 20 Prozent hält. Einen größeren Anteil hält auch die Blackrock Asset Management Deutschland AG, deren Aufsichtsrat wiederum der CDU-Politiker und Brexit-Beauftragte der Landesregierung, Friedrich Merz vorsitzt.

Schon im Vorfeld hatte der Bundesverband Paket und Expresslogistik (BIEK), der die meisten Wettbewerber der DPAG vertritt, das Verhalten der Bundesregierung kritisiert. In einem offenen Brief an Bundeswirtschaftsminister Altmaier (CDU) bringt der Verband sein Befremden darüber zum Ausdruck, „dass die Regierung einem Börsenkonzern zusätzliche Gewinne ermöglicht, die hauptsächlich von Haushalten sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen eingezogen werden.“ Weiterhin heißt es in dem Schreiben, der Eingriff sei „ordnungspolitisch nicht zu begründen und mit dem europäischen Postrecht unvereinbar.“

In den Gremien der Bundesnetzagentur ist auch das Land Nordrhein-Westfalen vertreten.

Datum des Originals: 18.04.2019/Ausgegeben: 24.04.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

Ich frage daher die Landesregierung:

1. War eines der Gremien, in denen das Land NRW vertreten ist, in den vorgenannten Entscheidungsprozess involviert?
2. Wenn ja, wie haben sich die Vertreter des Landes NRW in diesem Zusammenhang verhalten? (Abstimmungsverhalten, etc.)
3. Hat die Landesregierung auf anderen Wegen (z.B. durch direkten Kontakt zur Bundesregierung oder zu anderen Entscheidungsträgern) versucht, auf den vorgenannten Entscheidungsprozess Einfluss zu nehmen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die vorgenannte Entscheidung der BNetzA?
5. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, ob von einer solchen Portoerhöhung bestimmte Bevölkerungsgruppen und/oder Wirtschaftsbranchen in besonderem Maße betroffen sind?

Sven W. Tritschler